



Mitglieder der Projektgruppe

Interoperabilität, Standards, Freie Software

Termine

30. November 2012 Klausurtagung

10. Dezember 2012 Sitzung

Es stehen keine weiteren Termine an.

Berlin, 19. November 2012

Ergebnisprotokoll der 8. Sitzung der Projektgruppe Interoperabilität, Standards, Freie Software am 19. November 2012

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Das Protokoll der Sitzung vom 5. November 2012 wird nachgereicht.

Änderungen der Tagesordnung werden nicht beantragt.

TOP 1 Diskussion der vorliegenden Textbeiträge

Den Mitgliedern liegen folgende Texte vor:

- Kapitel III. b. ii.
- Kapitel III. f. iii.
- Kapitel III. a., b. als Tischvorlage
- Kapitel III. a. und b. i. als Tischvorlage

Es wird vorgeschlagen, die Texte seitenweise zu besprechen.

Beratung zu Kapitel III. b. ii.

Begonnen wird mit dem Beitrag zu Kapitel III. b. ii. zum Thema Freie-Software-Lizenzen.

Der Text wird mit folgenden Änderungen einvernehmlich angenommen:

Zeile 50 bis 55:

Dieser Abschnitt wird nach einer kurzen Diskussion einvernehmlich gestrichen.

Zeile 101:

Hier wird noch das Datum des Urteils eingefügt.

Zeile 106 ff.:

Ab Zeile 106 soll für die einzelnen Lizenzen auf den Wikipedia-Artikel Lizenzen, Abschnitt 1.4, verwiesen werden (<http://de.wikipedia.org/wiki/Lizenz#Softwarelizenzen>).



Beratung zu Kapitel III. f. iii.

Es folgt die Besprechung des Textbeitrages für das Kapitel III. f. iii. zum Thema Mobilfunk/Smartphones.

Der Text wird mit folgenden Änderungen einvernehmlich angenommen:

Zeile 1 bis 3:

Zum ersten Abschnitt soll eine Satz aufgenommen werden, der darauf hinweist, dass die gleiche Entwicklung derzeit auch auf dem Fernsehmarkt stattfindet, nämlich beim Smart TV.

Zeile 15 bis 16:

Der Satz wird einvernehmlich gestrichen, da er in dieser grundsätzlichen Formulierung nicht alle Teilbereiche richtig abbildet.

Zeile 35 bis 40:

Ein Mitglied stellt diese Passage streitig, da die dargestellten Probleme nicht nur die Verwaltung betreffen. Es kündigt einen Änderungsvorschlag an.

Zeile 45 bis 48:

Eine Quelle für die Ausführungen in Zeile 45 bis 48 wird auf Wunsch nachgeliefert.

Der Satz ab Zeile 50 wird wie folgt geändert: *„Des Weiteren können die Betreiber von App-Stores sogar nach dem Kauf Apps willkürlich von den Geräten ihrer Kunden, ohne deren explizite Zustimmung, entfernen.“*

Ein Mitglied bittet um Prüfung, ob die Aussage „ohne deren explizite Zustimmung“ wirklich korrekt sei. Es äußert, dass darauf möglicherweise in den ABGs hingewiesen werde.

Zeile 64:

Der Absatz beginnend in Zeile 64 erhält eine neue Überschrift. Die Mitglieder diskutieren das Thema Zensur in App-Stores (Beispiel: App der BILD-Zeitung aufgrund der „nackten Frau von Seite 1“). Ein Mitglied ergänzt diese Problematik.

Zeile 73 bis 86:

In Zeile 76/77 wird ein Link auf das entsprechende Urteil eingefügt.

Der Satz ab Zeile 77 beginnt nun wie folgt: *„Viele Hersteller stellen den Verlust der Gewährleistung in Aussicht und...“*



In Zeile 80/81 lautet die Formulierung nun: *„Zum Teil werden Telefone mit dem zurzeit offensten Betriebssystem Android verkauft.“*

Der letzte Satz des Abschnitts wird wie folgt neu gefasst: *„Alte Geräte können durch eine aktuelle Software aufgewertet werden, sodass sie in der Lage sind, auch neue Anforderungen der Verbraucher zu erfüllen; auf diese Weise wird vermieden, dass ältere Modelle nur aus diesem Grund entsorgt werden.“*

Zeile 87 ff.:

Die Beratung der Handlungsempfehlungen wird vorerst zurückgestellt.

Beratung zu Kapitel a. und b. i./ii.

Es folgt die Beratung der Tischvorlage zu Kapitel a. und b. i./ii. zum Thema Definition Freie Software/Open Source, Geschichte und Motivation sowie Philosophie.

Der Text wird von den Mitgliedern ohne Änderungen einvernehmlich angenommen.

Beratung zu Kapitel III. a. und b. i.

Es besteht Konsens, den inhaltlich nahezu deckungsgleichen Text zu Kapitel III. a. und b. i. nicht in den Zwischenbericht aufzunehmen.

TOP 2 Verschiedenes

Ein Mitglied regt an, dass die Mitglieder bei der Texterstellung auf die eingereichten Stellungnahmen der Expertengespräche verweisen bzw. aus diesen Inhalte übernehmen.

Die Mitglieder beschließen, den Vorschlag *„Verbindliche Festlegung von offenen und freien Formaten bei allen Prozessen des Staates“* aus der Beteiligungsplattform, eingereicht bei der Projektgruppe Demokratie und Staat, in das Kapitel zur Bürgerbeteiligung aufzunehmen.

Die Mitglieder der Projektgruppe werden gebeten noch ausstehende Texte so bald wie möglich im Sekretariat einzureichen. Im Einzelnen sind das folgende Beiträge:

Kapitel II. Interoperabilität und Standards:

- internationale Programme zur Förderung von Interoperabilität
- Standards (noch unvollständig)
- praktische Anwendungsgebiete (Case Studies)



Kapitel III. Freie Software:

- Freie Software vs. proprietäre Software
- Europa
- praktische Anwendungsgebiete (Case Studies)
- weitere Open-Source-Felder

Es wird darauf hingewiesen, dass in den beiden Dokumenten „Digitale Agenda“ und „eGovernment Aktionsplan 2010-2015“, die als Grundlage für das Kapitel Europa angeführt wurden, keine Aussagen zum Thema Freie Software enthalten seien. Es wird angeregt, in dem zu erstellenden Text darauf hinzuweisen.

Der nächste Sitzungstermin ist Freitag, der 30. November 2012.

Die Projektgruppe beschließt einvernehmlich, auch diese Klausurtagung öffentlich zu veranstalten.